

Weltwirtschaftsgipfel

Mitte Juni findet in Köln der Weltwirtschaftsgipfel 1999 statt. Es handelt sich dabei um das jährliche Treffen der Regierungschefs jener sieben Industrieländer, die zwar nur 12 Prozent der Weltbevölkerung vertreten, aber die Weltwirtschaft beherrschen; neuerdings nimmt auch der Präsident Rußlands teil. Für die Länder der Dritten Welt wie für die Reformländer im Osten ist dieses Treffen eine oligarchische Runde, deren Zusammensetzung ein Abbild des internationalen Machtgefälles ist, aber auch Ausdruck der Überheblichkeit der reichen Länder, mit der sie die restliche Welt vom Konferenztisch fernhalten. Diesen Ländern ist damit jede Möglichkeit verwehrt, ihre Anliegen selbst zu Gehör zu bringen. Es ist daher zu befürchten, daß ihre drängenden Probleme auch thematisch keine große Rolle spielen werden, zumal die reichen Länder immer genügend eigene Probleme haben. Dennoch trifft der Gipfel Entscheidungen, die zumindest indirekt auch für die nicht beteiligten Länder folgenreich sind.

Gerade darum sehen sich die christlichen Kirchen in Deutschland verpflichtet, sich in diese Gespräche einzumischen und die Sorgen und Nöte ihrer Partnerkirchen zu Gehör zu bringen. Die ökumenische „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE), die schon seit langem Dialogprogramme zwischen Nord und Süd unter Einbeziehung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte organisiert, wird aus diesem Anlaß eine an die Teilnehmer des Gipfels, vor allem aber an die gastgebende Regierung gerichtete Stellungnahme vorlegen. Gleichzeitig findet ein Kongreß zum Thema „Gestaltung der Globalisierung“ statt, an dem namhafte Vertreter vor allem der Partnerkirchen und aus den internationalen Organisationen teilnehmen werden.

Wie dieser Titel zeigt, ist es besonders der Prozeß der Globalisierung, der in den Ländern des Südens und Ostens die Sorge wachsen läßt, daß sie zu Verlierern dieser Entwicklung werden könnten. Zahlreiche Erklärungen der Kirchen aus diesen Ländern, aber auch viele Trends deuten in der Tat darauf hin, daß dieser Prozeß, der sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch beschleunigt hat, zum Ausschluß und zur weiteren Verarmung weniger leistungsfähiger Menschen, Bevölkerungsgruppen und ganzer Regionen beiträgt.

Die Globalisierung ist ein sehr ambivalenter Vorgang. Sie ist aber weder eine Art Naturgewalt noch ist alles Globale stets nützlich und von vornherein besser. Daher ist ein Fatalismus, der sich dem globalen Markt und seinen Mechanismen und Regeln hilflos ausliefert, in keiner Weise gerechtfertigt. Ebenso fragwürdig ist aber auch eine Fundamentalopposition, die in der Globalisierung die Wurzel aller Übel sieht und meint, man müsse sich nur dieser Entwicklung entziehen,

um alle sozialen und ökologischen Probleme lösen zu können. Die Globalisierung ist vielmehr eine Herausforderung, die es politisch verantwortlich zu gestalten gilt. Nur so lassen sich ihre positiven Chancen nutzen und gefährliche Fehlentwicklungen korrigieren. Darum versucht die GKKE, ausgehend von einer nüchternen Bestandsaufnahme und grundlegenden sozialetischen Prinzipien, diese Thematik in den Gipfel einzubringen und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Die Kirchen sind sich bewußt, daß jedes Land selbst die Hauptverantwortung für Reformen zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung trägt. Darum müssen auch die Länder im Süden und Osten versuchen, durch förderliche Rahmenbedingungen die Eigeninitiative der Menschen zu stärken. Dies verlangt aber auch internationale Reformen, welche die schwächeren und ärmeren Länder bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen. Weit wichtiger als alle Entwicklungshilfe ist eine weitsichtige Entwicklungspolitik der reichen Länder, die alle Beziehungen zu diesen Ländern einschließen muß, soweit sie deren Entwicklungschancen beeinflussen. Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine politische Querschnittsaufgabe, was Kohärenz mit allen anderen Politikbereichen verlangt. Die GKKE erwartet, daß der Wirtschaftsgipfel konstruktive Weichenstellungen in diese Richtung vornimmt. Dazu zählt die Weiterentwicklung der Welthandels- und Weltfinanzordnung, unter anderem durch effektive Wettbewerbsregeln gegen die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, durch Sozial- und Umweltstandards, die aber keinen neuen Protektionismus der Industrieländer fördern dürfen, und durch eine wirkungsvolle Umsetzung des internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Korruption.

Ein besonderes Anliegen der Kirchen an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert ist ein großzügiger Schuldennachlaß, vor allem für die ärmsten Länder, die sonst kaum eine Zukunftsperspektive haben. Solch ein Erlaß ist freilich nur dann hilfreich und ethisch vertretbar, wenn die Entlastung primär den Armen und der breiten Bevölkerung zugute kommt. Bedingungen mit diesem Ziel zu setzen ist daher unerlässlich. Je größer die Bereitschaft der Schuldnerländer dazu ist und je entschlossener sie notwendige wirtschaftliche und soziale Reformen einleiten, um so großzügiger sollte auch die Entlastung ausfallen.

Schuldenprobleme sind freilich auch künftig nicht völlig auszuschließen, da selbst bei guter Regierungsführung und größter Vorsicht nie alle Risikofaktoren kalkulierbar sind. Für solche Fälle braucht es ein internationales Insolvenzrecht, das den Grundgedanken des Pfändungsschutzes in die internationalen Rechtsbeziehungen aufnimmt. Das Völkerrecht könnte so auch besser seine Schutzfunktion erfüllen, welche die Rechtsordnung gerade für die Schwachen hat.

Im Zeitalter der Globalisierung lassen sich die weltweiten Probleme nicht mehr im nationalen Alleingang lösen. Um so wichtiger ist es, daß gerade die Christen, in Allianzen mit allen gleichgesinnten Menschen, „der Globalisierung des Profits und des Elends eine Globalisierung der Solidarität entgegenhalten“, wie es Papst Johannes Paul II. bei seinem letzten Besuch in Österreich gefordert hat. *Johannes Müller SJ*